

# «Der Fall Marco Weber geht mir nahe»

**GREENPEACE** In Russland wird einem Schweizer Umweltaktivisten der Prozess gemacht: Greenpeace-Schweiz-Präsidentin Cécile Bühlmann zum Fall Marco Weber und der Busse für den FC Basel.

INTERVIEW DANIEL SCHRIEBER  
daniel.schreiber@zentralschweizsamsonntag.ch

**Cécile Bühlmann, der Schweizer Greenpeace-Aktivist Marco Weber (28) sitzt seit bald einem Monat in einem russischen Gefängnis. Wie sehr beschäftigt Sie das persönlich?**

**Cécile Bühlmann:** Dieser Fall geht mir als Verantwortliche von Greenpeace Schweiz extrem nahe und beschäftigt mich sehr intensiv. Das eine Bild, das Marco Weber mit Handschellen in diesem russischen Käfig zeigt, ist mir sehr eingefahren.

**Machen Sie sich Sorgen um ihn?**  
**Bühlmann:** Die Unberechenbarkeit der ganzen Angelegenheit bereitet mir Sorgen. Wir wissen nicht, wie Russland weiter vorgehen wird, haben keine Ahnung, ob der internationale Druck genug bewirken wird.

**Stehen Sie in Kontakt mit Weber?**  
**Bühlmann:** Ein Brief von unserem Stiftungsrat an Marco ist derzeit unterwegs nach Russland. Auch seinem Vater habe ich geschrieben.

**Was steht in dem Schreiben an den inhaftierten Aktivisten?**  
**Bühlmann:** Dass wir stolz sind auf ihn. Was Marco getan hat, war sehr mutig.

**Mutig. Oder doch eher leichtsinnig?**  
**Bühlmann:** Marco Weber und die anderen Arktisschützerinnen und Arktisschützer aus insgesamt 18 Ländern haben sich nicht einfach blauäugig in die Arktis begeben, um mal eben das Unternehmen Gazprom von Arktis-Ölbohrungen abzuhalten. Die Aktion war gut geplant und typisch für Greenpeace.

**Trotzdem: Wer sich auf eine solche Art mit Russland anlegt, muss doch mit solchen Konsequenzen rechnen?**  
**Bühlmann:** Die Aktivisten wussten, dass es sich um eine riskante Aktion handelt – unklar war nur die Grösse dieses Risikos. Solche Aktionen gehören letztendlich zur Philosophie von Greenpeace.



Greenpeace-Aktivist Marco Weber bei einem Gerichtshearing in Murmansk. EPA

**Wie meinen Sie das?**  
**Bühlmann:** Die Organisation lebt von Leuten wie Marco Weber, die bereit sind, freiwillig hinzustehen und mit friedlichen Mitteln für eine bessere Umwelt zu kämpfen und dabei auch Risiken einzugehen.

**Inwieweit unterstützt Greenpeace die Aktivisten bei solchen Aktionen?**  
**Bühlmann:** Die Aktivisten erhalten unseren Support, etwa bei inhaltlichen und kommunikativen Fragen. Greenpeace international ist im Moment in Russland und unterstützt die inhaftierten Aktivisten nach all ihren Möglichkeiten.

**Der Schweizer Aussenminister Didier Burkhalter nimmt öffentlich keine Stellung zu dem Fall. Enttäuscht Sie das?**  
**Bühlmann:** Natürlich hätte ich nichts dagegen, wenn auch die Schweiz offen-sivler auftreten würde.

**Aber?**  
**Bühlmann:** Ich weiss, dass das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten aktiv ist und sich unter anderem dafür einsetzt, dass die Haftbedingungen für Marco Weber besser werden. Bei Greenpeace sind wir froh um jeden diplomatischen Sukkurs.

**Wenn nach einer Aktion wie jener in der Arktis 28 Aktivisten ins Gefängnis gesteckt werden: Fühlt man sich da als Präsidentin von Greenpeace Schweiz mitverantwortlich?**

**Bühlmann:** Wie gesagt, die Aktivisten sind sich der Gefahren bewusst. Wenn Greenpeace-Aktivisten eine Ölplattform besetzen, so tun sie dies nicht für sich selber, aber auch nicht für Greenpeace. Sie tun es einzig und allein für ihr Anliegen, die Menschen auf Missstände im Umgang mit unserer Umwelt aufmerksam zu machen.

**Sind bei der Aktion Fehler passiert?**  
**Bühlmann:** Das wird Greenpeace gründlich analysieren. Dann wird sich nicht nur zeigen, ob allenfalls Fehler passiert sind, sondern auch, ob sich der ganze Aufwand im Verhältnis zum Erreichten gelohnt hat.

**Wann hats sich gelohnt?**  
**Bühlmann:** Dank unseren Schiffen sind wir die einzige grosse Umweltorganisation, die überhaupt fähig ist, an solch entlegene Orte zu kommen, um dort Zeugnis von der Umwelzerstörung abzuliegen. Dank Greenpeace ist es gelungen, auf die Gefahren von Ölbohrungen in diesem heiklen Ökosystem aufmerksam zu machen.

**Hätte man nicht auch sanfter auf die**

**Misstände hinweisen können?**  
**Bühlmann:** Nein! Um unsere Ziele zu erreichen, können wir es nicht allen recht machen. Greenpeace stört, das ist Teil des Konzepts.

**Anfang des Monats kletterten Greenpeace-Leute mit einem riesigen «Gazprom»-Transparent vom Dach des St.-Jakob-Parks, um auf die Missstände in der Arktis aufmerksam zu machen. Das kam nicht überall gut an.**  
**Bühlmann:** Ich kann verstehen, wenn sich Fussballfans über diese Aktion ärgern, und das tut mir auch leid. Die Aktion ging nicht gegen die Fans und auch nicht gegen den FC Basel. Wir haben bei Greenpeace viele FCB-Fans. (schmunzelt)

## «Unsere Organisation wird nun das Gespräch mit dem FC Basel suchen.»

CÉCILE BÜHLMANN

**Kritiker werfen Ihnen vor, den Sport für die Politik zu missbrauchen.**

**Bühlmann:** Wer glaubt, Sport sei unpolitisch, ist naiv. Warum gab es die Aktion in Basel? Weil der Ölkonzern Gazprom als Sponsor der Champions League sowie von Basels Gegner Schalke 04 jedes Jahr viele Millionen Euro in den Fussball buttet. Die Firma investiert in den Sport, um in Europa ein positives Image aufzubauen. Das ist politisch!

**Die Uefa hat dem FC Basel eine Busse von 30 000 Euro auferlegt. Der Verein will sich allfällige Schritte gegen Dritte vorbehalten. Was, wenn der FCB das Geld bei Greenpeace einfordern will?**

**Bühlmann:** Greenpeace findet den Entscheid der Uefa ungerechtfertigt und bedauert die damit verbundenen Konsequenzen für den FC Basel. Unsere Organisation wird nun das Gespräch mit dem FC Basel suchen. Mehr kann ich Ihnen zum Thema nicht sagen.

### HINWEIS



Cécile Bühlmann (64) war von 1991 bis 2005 Nationalrätin der Grünen. Seit 2006 ist sie Stiftungsratspräsidentin von Greenpeace Schweiz. Ausserdem ist sie Geschäftsleiterin des CFD, einer feministischen Friedensorganisation. Bühlmann lebt in Luzern.

## Mörgeli: Anzeige gegen Riklin

**ZÜRICH/BERN** sda. SVP-Nationalrat **Christoph Mörgeli** hat seine Ratskollegin **Kathy Riklin** (CVP) wegen Amtsgeheimnisverletzung angezeigt. Die Vorwürfe stehen im Zusammenhang mit einem von der Universität Zürich in Auftrag gegebenen Expertenbericht, der Mörgeli mangelhafte Betreuung von Doktoranden bescheinigt hat.

Mörgeli bestätigte eine Meldung der «Neuen Zürcher Zeitung» und sagte, er habe Strafanzeige in Bern und Zürich gestellt, aber offenbar sei Bern zuständig. Er wirft Kathy Riklin, die Mitglied des Universitätsrates der Universität Zürich ist, vor, sie habe am 26. September in der Wandelhalle des Bundeshauses einem Zeugen gegenüber gesagt, der Bericht komme demnächst, und es sehe nicht gut aus für Herrn Mörgeli.

### «Es muss Grenzen haben»

Von diesem Zeugen habe er von dem Vorgang erfahren, sagt Mörgeli. Über den Inhalt des Berichts sei er selbst erst am 1. Oktober von der Universität Zürich informiert worden, eine Stunde vor der Öffentlichkeit. Riklin habe in der Wandelhalle «inhaltlich Stellung genommen» und damit das Amtsgeheimnis verletzt. «In der Wandelhalle wird viel geschwatzt, aber es muss Grenzen haben», betonte Mörgeli. Der Vorwurf von Mörgeli sei absurd, teilte Kathy Riklin gestern über Twitter mit.

# Bund soll Doppelbürger vor US-Justiz schützen

**STEUERSTREIT** Schweizer mit amerikanischem Pass verzweifeln beim Versuch, ihre Steuerpflicht in den USA zu erfüllen. Nun schaltet sich die Politik ein.

Mit einer gemeinsamen Erklärung haben die Schweiz und die USA Ende August einen vorläufigen Schlussstrich unter den Jahre dauernden Steuerstreit gezogen. Der ausgehandelte Deal sei zwar «schmerzlich», wie die Bankiervereinigung mitteilte, aber immerhin ist damit die Gefahr aus den USA vorerst gebannt. Jedenfalls für die Banken.

Anders sieht es für schweizerisch-amerikanische Doppelbürger aus. Je mehr Druck die USA auf die Schweizer Banken machten, desto mehr gerieten auch diese ins Visier der Steuerbehörden. «Bis meine Bank mein Konto kündigen wollte, wusste ich nicht einmal, dass ich in den USA steuerpflichtig bin», sagt Stefan Lehmann.\* «Die USA klären ihre Bürger ja nicht über ihre Pflichten auf.»

### Der Kampf mit der US-Bürokratie

Lehmann ist einer der betroffenen Doppelbürger. Er wurde in den USA geboren, lebt aber seit der Kindheit in der Schweiz. Vor fünf Jahren meldete sich seine Bank bei ihm: Könnte er nicht belegen, dass er seiner Steuerpflicht in den USA nachgekommen sei, werde

man sein Konto auflösen. Lehmann handelte sofort und suchte einen US-Anwalt auf. Damit begann ein langer Kampf mit der US-Bürokratie, der ihn



«Ich erwarte ein einfaches Verfahren ohne Unsicherheiten.»

KONRAD GRABER,  
CVP-STÄNDERAT LUZERN

8000 Franken kostete. Dabei musste er nicht einmal Steuern nachzahlen. «Die Kosten setzen sich aus Beglaubigungen, Gebühren und vor allem aus dem Honorar für meinen US-Steuerberater zusammen.»

Aus diesem Grund entschied Lehmann, seinen US-Pass abzugeben. «Ich hätte jedes Jahr Kosten von 700 bis 1300 Franken gehabt – ohne auch nur einen Penny Steuern zu bezahlen», sagt er. Doch auch die Aufgabe des US-Bürgerrechts entpuppte sich als Geduldssprobe. Zeitweise habe die Wartezeit für einen Termin auf der US-Botschaft in Bern 18

Monate betragen. Lehmann ist überzeugt: «Die lange Wartezeit hatte mit dem Steuerstreit zu tun.» Kürzlich hat er das leidige Problem USA für sich erledigt – fünf Jahre älter und 8000 Franken ärmer.

### Steuerberater sind ausgelastet

Lehmann ist kein Einzelfall. Schreibt man die Steuerberatungsfirma US Tax Services in Zürich an, erhält man die automatische Antwort: «Wir können Ihre Anfrage momentan nicht bearbeiten ... Wir nehmen derzeit keine neuen Kunden an.» Marie Schmid\* hat noch einen auf die USA spezialisierten Steuerberater gefunden. Dabei wusste die Mittzwanzigerin bis vor wenigen Jahren nicht einmal, dass sie Amerikanerin ist. Sie stiess zufällig drauf, als sie Ferien im Land der unbegrenzten Möglichkeiten plante und sich wegen der Einreise bei der US-Botschaft meldete. «Ein Visum brauche ich nicht, hat man mir gesagt. Dafür solle ich mal einen Pass machen lassen.» Auch Schmid ist in den USA geboren, während eines Ferientaufenthalts ihrer Eltern. Jetzt ist sie versichert und hofft, dass ihre Ersparnisse ausreichen.

### Graber nimmt Bund in die Pflicht

Die Politik hat das Problem erkannt. Der Luzerner CVP-Ständerat Konrad Graber hat in der letzten Session einen Vorstoss eingereicht, der den Bund beauftragt, die betroffenen Doppelbürger zu unterstützen. So wie die USA den Schweizer Finanzinstituten ein Pro-

gramm anbieten würden, sollte es auch natürlichen Personen möglich sein, ihre Situation zu bereinigen, meint er: «Ich erwarte vom Bund, dass dieser mit den USA ein einfaches Verfahren ohne Unsicherheiten erarbeitet.»

Unterstützung erhält der Luzerner aus der FDP. Der Zuger Ständerat Joachim Eder sagt: «Man kann nicht nur die Banken aus dem Schlamassel holen.» Bürger wie Lehmann und Schmid, die unabsichtlich und unwissentlich gegen US-Gesetze verstossen hätten, müsse die Schweiz schützen. «Der Bundesrat soll aufzeigen, welche Möglichkeiten es gibt.» Sollte sich zeigen, dass gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht, sichert auch die Basler SP-Ständerätin Anita Fetz ihren Support zu.

### Kein Support von der SVP

Der Zürcher SVP-Nationalrat Hans Kaufmann will Graber hingegen nicht unterstützen. «Das Ganze haben die Mitteparteien zu verantworten. Immerhin haben sie Hand geboten zur Durchsetzung von US-Recht auf Schweizer Boden», sagt er. Er habe bereits bei der Beratung des Fatca-Steuerabkommens mit den USA auf die drohende Kriminalisierung von Auslandschweizern, Doppelbürgern und Green-Card-Besitzern hingewiesen, fügt der Finanzpolitiker hinzu.

SERMİN FAKI  
sermin.faki@zentralschweizsamsonntag.ch

\* Namen der Redaktion bekannt